

[← zurück](#)

Lehrer kritisieren „aufgepfropften Bildungsdruck“

Landtagsabgeordnete Beate Böhlen (Grüne) und Bürgermeister Jokerst informieren über Besonderheiten einer Gesamtschule

Bühl (sfk) – Die Grün-Alternative Liste hatte zu einem Gesprächsabend mit der Landtagsabgeordneten Beate Böhlen (Grüne) geladen – und rund 50 Zuhörer waren in den Reichtsaal des Bürgerhauses gekommen. Zentrales Thema war die mögliche Einführung einer Gesamtschule in Bühl.

Bürgermeister Wolfgang Jokerst nannte Bühl eine „Schulstadt“ und untermauerte dies mit Zahlen: Die Stadt verfüge

über insgesamt 13 Schulen und einen Schülerhort. Rund 6 000 Schüler besuchten die Bühler Einrichtungen, deshalb sei die Bildungspolitik eines der wichtigsten Handlungsfelder der Kommunalpolitik. Oberstes Ziel sei es, den Schulstandort zu sichern. Man habe in den vergangenen Jahren viele Millionen Euro in Ausbau, Sanierung und Erweiterung der Schulgebäude gesteckt. Deshalb sei die Verwaltung auch daran interessiert, „unsere Schulen zu erhalten“.

Wie Jokerst weiter ausführte, befasse man sich intensiv mit der Einrichtung einer Gesamtschule in der Stadt. Inzwischen habe die Aloys-Schreiber-Schule Interesse an einer Umsetzung signalisiert. Jokerst zählte die Eckdaten solch eines Projekts auf: Eine Gesamtschule sei immer auch eine Inklusionsschule, es gebe keine Klassenverbände mehr, sondern Lerngruppen. Zudem bestehe eine Gesamtschule immer aus den Klassen fünf bis zehn, könne aber auch die Pri-

marstufen (Grundschulklassen) und die Klassen elf bis 13 umfassen. Antragsteller ist der Schulträger, die Zustimmung der Schulgremien und des Gemeinderats müsse aber gegeben sein; ebenso wie ein „qualifiziertes Beteiligungsverfahren“ der Eltern.

Jokerst berichtete aber auch, dass man mit der Idee einer Gesamtschule im Gemeinderat auf großen Widerstand gestoßen sei, insbesondere in den Reihen von CDU und FDP. Die Haltung der FWG sei zu-

rückhaltend und unklar. Im Mai oder Juni soll es in Bühl eine Infoveranstaltung mit Podiumsdiskussion geben. Nach der Sommerpause soll der Gemeinderat erneut mit dem Beschluss zu einem Konzept konfrontiert werden.

Beate Böhlen berichtete aus Landessicht über das Thema „Gesamtschule“. Im Land sei über eine Milliarde Euro mehr in die Bildung investiert worden als geplant. So habe man unter anderem die Schulsozialarbeit gefördert, die Lehrerver-

tretung gestärkt und Amok-Präventionen forciert. In die Einführung von Gemeinschaftsschulen sollen laut Haushaltsplan 2013/14 rund 155 Millionen Euro zusätzlich fließen.

Ein Vater bemängelte in der Diskussion den „Reformwahn im Bildungssystem“. Da würden immer neue Fächer eingeführt. Ehe die Schulbücher fertig sind, seien sie auch schon wieder abgeschafft. Auch Lehrer kritisierten den „aufgepfropften Bildungsdruck“.